

## „Bergischer Löwe“: Rehse fordert jetzt eine Entscheidung

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) „Das Thema ist reif. Die Bürger der Stadt haben ein Recht darauf zu erfahren, welche politische Gruppierung zu dem Thema wie steht!“ So reagierte gestern Henning Rehse (WNKUWG) zur BM-Berichterstattung, dass der Antrag seiner Fraktion zum „Bergischen Löwen“ im Fachausschuss nur als „eingebracht“ behandelt und erst im Mai diskutiert werden soll. Die WNKUWG hatte gefordert, eine Summe bis zu 274 000 Euro zur Sanierung und Umbau des „Bergischen Löwen“ bereitzustellen. „Es ist Aufgabe der Stadt als Eigentümer, die (Arbeits-)Bedingungen im Bergischen Löwen nicht nur an gesetzliche Forderungen anzupassen, so dass der Gastronomiebetrieb überhaupt fortgesetzt werden kann, sondern auch so herzurichten, dass von dort eine Außengastronomie auf dem Markt betrieben werden kann“, schreibt Rehse an den Bürgermeister. Er fordert jetzt eine Abstimmung zu diesem Thema im Stadtrat am 18. März und nicht erst am 15. Juli. „Das Thema gärt lange genug. Alle Fakten sind bekannt und es bedarf keiner weiteren Vorlage der Verwaltung“, so Rehse.

**Frage des Tages Seite C 2**

### RP ONLINE

#### Frage des Tages

**Gestern haben wir Sie gefragt:**

Sollte der Stadtrat noch im März eine Entscheidung über den Umbau des Bergischen Löwen treffen?

**Sie haben abgestimmt\*:**

Ja 91 Prozent

Nein 9 Prozent



### MELDUNGEN

#### Bürgersprechstunde zum Radverkehr

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Wie denken die Bürger über den Variantenvorschlag für den Radverkehr in der Telegrafienstraße? Die WNKUWG-Fraktion lädt zur Bürgersprechstunde und zur offenen Fraktionssitzung ein zu bereitet das Thema „Radverkehr“ für die nächste Sitzung des Fachausschusses vor.

**Do., 7.3., 19.30 Uhr, Bistro Kattwinkelsche Fabrik, Kattwinkelstraße 3**

# Bornhold: „Stadt macht, was sie will“

Sind hinter der Marktpassage öffentliche Stellplätze in private mit dem Wissen der Stadtverwaltung umgewidmet worden? Nein, erklärt auf BM-Anfrage der Beigeordnete gestern deutlich: Seit 29 Jahren sei alles per Vertrag geregelt.

VON UDO TEIFEL

**WERMELSKIRCHEN** Braucht Wermelskirchen ein neues Parkraumkonzept oder eine Verkehrsentwicklungsplanung? Über diese Fragestellung stritten sich letztlich Verwaltung und Politik in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr – ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Für die WNKUWG war klar: Man hänge zwei Jahre beim Parkraumkonzept hinterher. Die SPD sieht das anders – „spielt Parkraum künftig überhaupt noch eine Rolle?“, fragte Bernhard Schulte.

Die Stadtverwaltung verkündete jetzt offiziell, was die Leser der Bergischen Morgenpost bereits am 13. Februar exklusiv erfuhren: Wermelskirchen wird keine „Vorzeigekommune“. Den Wettbewerb um ein Mobilitätskonzept gewannen Alfter und Bergisch Gladbach. Deshalb stellte die Umweltbeauftragte Brigitte Zemella zur Diskussion, ob die Verwaltung nun den Verkehrsentwicklungsplan (Themen unter anderem sind: Parkraum, Radverkehr, ÖPNV) fortführen solle.

Die WNKUWG machte deutlich: Das Thema Parkraum müsse schnellstens umgesetzt werden. Alle anderen Maßnahmen könnten später angegangen werden, so Rüdiger Bornhold. Schulte konterte: „Sie blenden alles, was nicht motorisiert ist aus. Das ist engstirniges Denken der letzten Jahrzehnte.“



Jahrzehntlang hat sich niemand von der Eigentümerseite um die Parkplatz-Situation gekümmert. Der neue Eigentümer der Marktpassage nutzt jetzt seine vertraglich garantierten Rechte – auch entlang der Turnhalle. Denn dort besitzt die Stadt nur einen schmalen Streifen, der nicht bebaut werden darf. Die Parkplätze sind der Marktpassage zugesichert. Am 29. April wird im Fachausschuss das Thema Parken rund um den neuen Markt diskutiert.

BM-FOTO: NICO HERTGEN

Der ÖPNV werde zusehens an Bedeutung gewinnen. Deshalb sei jetzt ein Verkehrsentwicklungsplan wichtig, wo alles eine Rolle spiele.

Dann spielte die örtliche Parksituation doch die wesentliche Rolle in der weiteren Diskussion. Schulte: „Die Verkehrsteilnehmer setzen sich über gesetzliche Vorschriften hinweg. Geparkt wird auf den brei-

ten Gehwegen. Hier müsste überwacht werden. Das Personal würde sich dreimal bezahlt machen“, so Schulte. Andere Städte seien voll mit Pollern und Ketten entlang der Bürgersteigen: „Dahin müssen wir wohl auch kommen.“

Friedel Burghoff (Büfo) überraschte dann mit einem Satz: „Der motorisierte Verkehr bringt viel

Geld. Ob wir klug beraten waren, wie wir die Innenstadt umgebaut haben, bezweifle ich.“

Darauf reagierte aber niemand. Henning Rehse und sein Fraktionskollege Bornhold prangerten hingegen die Parksituation zwischen Stockhauser Straße und Schulgasse an. „Da werden munter öffentliche Parkplätze umgewidmet in Privat-

plätze. Ist das durch einen Beschluss abgesichert?“ Der Beigeordnete Dr. André Prusa entgegnete, dass die Verwaltung „öffentliche Parkplätze nicht weggebe“. Aber: Auf Beschlüssen aus den 80er Jahren könne man nicht bauen – jetzt gebe es andere Bedürfnisse der Mieter. Das brachte wiederum Bornhold in Rage: „Nur ein Teil der Parkplätze ist betroffen durch den Inhaberwechsel“, will er wissen. „Entlang der Turnhalle sind die Parkplätze eigentlich in städtischem Besitz.“ Er spricht von „Halbwahrheiten“, die Prusa verbreite. „Wir brauchen ein Parkraumkonzept, sonst macht die Verwaltung, was sie will.“

Die Parkfläche hinter der Marktpassage ist als „Privatparkplatz“ ausgewiesen. Von 8 bis 20 Uhr dürfen dort nur Kunden von Geschäften parken. Alle 37 Parkplätze sind als Privatparkplätze ausgeschildert.

Prusa erklärte gestern, dass es einen Streifen entlang der Turnhalle in städtischem Besitz gebe. Der habe aber nicht die Tiefe für eine Parkplatz-Reihe, sondern betrage höchstens ein Drittel. Somit seien dies auch keine städtischen Parkplätze. Der Rest der Fläche sei schon immer im Besitz des Marktpassage-Eigentümers. „Im Vertrag von 1984, darüber hat die WNKUWG Kenntnis, ist die Parksituation auf der Fläche geregelt“, so der Beigeordnete: „Nur außerhalb der Geschäftszeiten sind die Parkplätze frei verfügbar.“

# Taubengasse: wenig Platz für neue Parkplätze

Eigentümer der Nachbarimmobilie hat die Grundstücksgrenze zur Obdachlosenunterkunft aufgezeichnet.

VON UDO TEIFEL

**WERMELSKIRCHEN** Der Ton in Sachen Parkraum in Wermelskirchen wird rauer. Henning Rehse (WNKUWG) wirft jetzt dem Technischen Beigeordneten Dr. André Benedict Prusa in einem offenen Brief vor, die Verwaltung wersetze sich „hartnäckig seit Monaten erfolgreich“, Parkplätze an der Ecke Taubengasse/Berliner Straße zu schaffen. „Bürokratie ist hier Herrschaft der Verwaltung“ schreibt Rehse an die Adresse von Prusa. Doch ist dort überhaupt Platz für einen Parkplatz vorhanden? Der Eigentümer der benachbarten Immobilie der ehemaligen städtischen Obdachlosenunterkunft, Manfred Schulz, hat angesichts der Debatte um dieses Areal „Grenzpflocke“ markiert und damit

öffentlich dargelegt, über welche Fläche diskutiert wird: Letztlich nur über ein wenig mehr als die Grundfläche des Gebäudes.

Schulz hatte jüngst einen Vermesser engagiert, um die Grenzpunkte, die nicht mehr sichtbar waren, wieder herzustellen. Das Fazit: „Da bleibt für die Stadt nicht mehr viel übrig.“ Solange die Stadt bei ihren Planungen diese Grenzpunkte nicht überschreite, werde ich nicht weiter handeln“, sagte Schulz im BM-Gespräch. Die blauen Markierungen

**„Der Stadt bleibt nicht viel Fläche übrig, um ein Parkdeck zu errichten.“**

**Manfred Schulz**

Eigentümer der Nachbarimmobilie

## PARKEN

**Stadt legt „großes Paket“ erst Ende April vor**

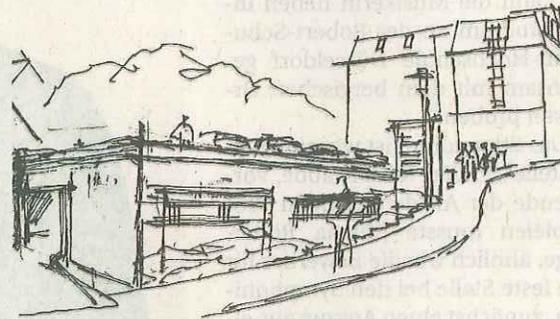
**Unterversorgung** Vier Fraktionen (Büfo, WNKUWG, CDU und SPD) haben bisher öffentlich festgestellt, dass es in der unteren Innenstadt eine Unterversorgung mit Parkplätzen besteht. Obwohl es damit eine Mehrheit im Rat geben könnte, um Veränderungen herbeizuführen, ist noch nichts geschehen.

**Pläne** Die Stadtverwaltung will in der Sitzung des Fachausschusses am 29. April das große Paket vorlegen - Parken in der Oberen Remscheider Straße, am Weihnachtsbaum und in der Taubengasse.

sind die Messpunkte, die gelben sind als optische Linie zu sehen, wie die Grundstücksgrenze verläuft.

Wegerecht gibt es für einen Eigentümer im hinteren Bereich des Areals, sagte Schulz. Sollte die Stadt die Grundstücksgrenze überschreiten, werde er Gitter oder einen Zaun aufstellen. Dies vor dem Hintergrund, dass die Stadt möglicherweise die Zufahrt zu einem städtischen Parkplatz/Parkdeck über sein Grundstück führen wolle: „Die sollen sich eine andere Zufahrt suchen.“ Er denke auch nicht daran, seine Immobilie zu verkaufen, sagte Schulz angesichts von städtischen Skizzen, auf denen die Immobilien an der Berliner Straße überplant wurde.

Der Fachausschuss hat jetzt mit Mehrheit auch den Antrag der Grünen abgelehnt, die ehemalige Obdachlosenunterkunft als Heimatmuseum zu erhalten. Gisela Gran-



Klar zu erkennen: die gelben und blauen Markierungen als Grundstücksgrenze (Bild links). – Auch im Innenhof bleibt nicht viel Platz (Bild rechts oben.) – Eine Skizze der Stadtverwaltung, dort ein Parkdeck zu errichten. BM-FOTOS: MOLL, TEIFEL, STADT

geret (Grüne) begründete den Antrag, der Veränderung des Stadtbildes entgegenzuwirken. Horst Krüger (Büfo) meinte, der Erhalt schaffe nur weitere Probleme. Martin Bosbach (CDU) bezweifelte, dass die Räumlichkeit für ein Heimatmuseum ausreiche. „Nicht jedes halbwegs gealterte Gebäude ist als Museum geeignet.“

Henning Rehse fordert die Verwaltung in seinem offenen Brief zur Parksituation in der unteren Innenstadt zur Kehrtwende auf. „Ich stimme Herrn Burghoff zu, der gesagt hat, der motorisierte Verkehr bringt viel Geld.“. Deshalb müsse dem motorisierten Verkehr auch für den

„Zielkauf“ Parkmöglichkeiten in der Nähe der Geschäfte angeboten werden“ Davon lebt der Einzelhandel: Der Kunde möchte schnell etwas er-

**„Ich stimme Herrn Burghoff zu, dass der motorisierte Verkehr viel Geld bringt.“**

**Henning Rehse**  
WNKUWG-Fraktion

stehen, fährt den Laden an und fährt wieder nach Hause.“ So sei das Einzelhandels-Business in Wermelskirchen. Von Shopping könne der Handel nicht existieren – „dafür

fahren die Wermelskirchener nach Köln oder ins CentRO.“

Er erinnerte die Verwaltung noch einmal an den Beschluss des Rates (Büfo, WNKUWG, CDU), eine Parkpalette an der Katt zu bauen. „Aber die Verwaltung schmetterte dies ja ab – sie hatte das Geld der Bürger, die Stellplatzabläse bezahlt, verbraucht.“

Seine Fraktion, drohte er, werde nicht eher ruhen, bis eine Lösung des Parkproblems realisiert sei – „und das sollte schnell geschehen“. Am besten mit der „kleineren“ Lösung: Schotter-Parkplätze auf der Fläche der ehemaligen Obdachlosenunterkunft.

## KOMMENTAR

### Kein Rückfall in die graue Vorzeit

Der Bereich Berliner Straße/Taubengasse ist längst überplant – von der Stadtverwaltung, aber auch von den Politikern. Die Vorstellung reicht von neuer Wohnbebauung bis zum Parkdeck. Anscheinend haben weder Politiker noch Verwaltung mit den Eigentümern der Nachbargrundstücke vorher gesprochen um auszuloten, was überhaupt machbar ist.

Wer sich die Situation anschaut, erkennt sofort: Da ist wenig Platz für Parkplätze; an ein Parkdeck ist da kaum zu denken. Die Debatte hätte man sich schenken können.

Dass dringend etwas im unteren Bereich der Innenstadt getan werden muss, steht außer Frage. Hier tauchen nun die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte auf. Es lief ja alles gut, kein Eigentümer scherte sich darum, wenn seine privaten Parkplätze öffentlich genutzt wurden. Doch jetzt gibt es neue Eigentümer. Und plötzlich fehlen öffentliche Stellplätze. Wer daraus aber ableitet, die Autofahrer müssen in der Telegrafienstraße direkt vor dem Geschäft parken wie vor grauer Vorzeit, muss irgendwie die Entwicklung verpasst haben. Gemeinsam ist man den Weg zu mehr Aufenthaltsqualität gegangen – das heißt nicht, dass Autofahrer auf den Gehwegen parken sollen. Dem muss Einhalt geboten werden. Notfalls mit Absperrketten.

**UDO TEIFEL**

## SPENDE „Nacht des Jakobsweges“

WbA 25.03



260 Euro brachte die „lange Nacht des Jakobsweges“ im „Film Eck“ am vergangenen Samstag ein. Rüdiger Bornhold und Bettina Bernhard vom Arbeitskreis Kultur der WiW sowie Kinobesitzer Klaus Schiffler (v. l.) überreichten das Geld der Wermelskirchener Gleichstellungsbeauftragten Esther Wargenau-Zeitz. Der Betrag fließt in das Projekt „Frauen in Führungspositionen“. Am 6. Juni soll etwa eine Lesung im Bürgerzentrum stattfinden. Das Unternehmer-Ehepaar Rockstroh liest aus seinem Buch „Erfolg in Sicht“, das Frauen dabei unterstützen soll, ihr Verhalten im Beruf zu hinterfragen und zu optimieren.

Foto: Doro Siewert

## DIE LANGE NACHT DES JAKOBSWEGES

### Erlös zur Förderung von weiblichen Führungskräften

BM  
25.03

(BM) Den Reinerlös von 260 Euro aus dem Kinoabend „Die lange Nacht des Jakobsweges“ haben Mitglieder des Arbeitskreises Kultur des Stadtmarketing-Vereins WiW jetzt der Gleichstellungsbeauftragten **Esther Wargenau-Zeist** übergeben. Das Geld soll von der Gleichstellungsbeauftragten genutzt werden, um damit die Förderung von weiblichen Führungskräften für die heimische Wirtschaft zu unterstützen. Sie soll Veranstaltungen zum Thema „Frauenpower in der Wirtschaft“ starten. Die erste gibt es am 6. Juni im Rathaus.



Die Jakobspilger Rüdiger Bornhold, Bettina Bernhard und Kinobesitzer Klaus Schiffler übergeben der Gleichstellungsbeauftragten Esther Wargenau-Zeist den Spenden-Scheck.

FOTO: JAKOBSPIILGER

# Mit Selbstbewusstsein neue Ziele im Blick

WGA  
27.03.17

**FREIE WÄHLER** Arbeit der Kreistagsfraktion soll transparenter werden. Ein Ziel: Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Von Gunnar Freudenberg

Die Akzeptanz der Freien Wähler (FW) als politische Kraft wächst. Diesen Eindruck hat zumindest die Fraktion im Rheinisch-Bergischen-Kreis in den letzten Monaten gewonnen. „Sowohl bei der Kreisverwaltung als auch in der Politik merkt man, dass man uns mittlerweile deutlicher wahrnimmt“, stellte Werner Conrad bei einem Pressegespräch in Wermelskirchen im Cafe Wild gestern zufrieden fest.

Der Kürtener ist seit einem Jahr Vorsitzender der Kreistagsfraktion, Henning Rehse aus Wermelskirchen (WNK UWG) ist sein Stellvertreter. Vereinsvorsitzender ist seit November Joachim Orth aus Leichlingen, seine Stellvertreterin Rosel Mannshausen-Graf aus Kürten.

## Anfragen der Fraktion im Kreistag haben für Aufmerksamkeit gesorgt

Das gestiegene Selbstbewusstsein der Freien Wähler bezieht sich auch auf eine Reihe von Anträgen und Anfragen der Fraktion im Kreistag, die zuletzt für Aufmerksamkeit gesorgt haben. Für Wermelskirchen zum Beispiel in Sachen Kreisstraße 16 von Linde bis Grünenbäumchen, wo Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung – etwa Fahrbahneinengungen – nach wie vor auf sich warten lassen. Oder in Sachen „Verschandelung“ in Dabringhausen, wo Hilgener- und Wermelskirchener

Straße durch Aufstellen von Absperrungen verengt worden sind, um die Unfallhäufigkeit zu minimieren. „Auf welche Zeit ist dieser Versuch befristet?“, heißt es in der FW-Anfrage.

Als Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit sehen die Freien Wähler neben der Infrastruktur den Klimaschutz, die Finanzen und kommunalen Haushalte sowie Sicherheit und Gesundheit. Beim Thema Klimaschutz sollen die Bürger etwa bei der Standortwahl von Windkraftanlagen sowie Finanzierungsmodellen stärker beteiligt werden. Nicht nur bei diesem Thema müsse zudem die interkommunale Zusammenarbeit verbessert werden. „Das gilt auch für die Finanzen und den Haushalt“, sagt Werner Conrad. „Rösrath und Overath haben zum Beispiel nur noch ein gemeinsames Rechnungsprüfungsamt. So ein Zusammenschluss würde auch für den gesamten Kreis funktionieren.“

In Sachen „Demografischer Wandel“ will die FW-Fraktion „Leben und Wohnen im Alter“ unter Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs thematisieren. „Busfahren sollte kein Luxus werden“, meint Henning Rehse. In puncto Sicherheit wolle man vor allem die Entwicklung der Personalsituation der Kreispolizei kritisch beobachten. „Ein Neubau einer zentralen Wache für Nordkreis auf Wermelskirchener Stadtgebiet wäre die

sinnvollste Lösung“, glaubt WNK UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse.

Für die Freiwilligen Feuerwehren wünschen sich die Freien Wähler die Erprobung bzw. Einführung einer generellen Voralarmierung durch die Kreisleitstelle. Dabei würden die Retter bereits alarmiert, bevor genau feststeht, was sie vor Ort erwartet. „Wenn so 50 bis 60 Sekunden eingespart werden könnten, kann das Leben retten“, sagt Joachim Orth.

## Öffentlichkeitsarbeit vor Ort soll verstärkt werden

Wichtiges Ziel der künftigen politischen Arbeit sei es außerdem, die Arbeit der Kreistagsfraktion in den Kommunen transparenter zu machen. „Sie muss bekannter und den Bürgern näher gebracht werden“, sagt Werner Conrad. Hierzu soll die Öffentlichkeitsarbeit und die Kommunikation der Fraktion vor Ort verstärkt werden.

Dazu wurde unter anderem schon vor zweieinhalb Jahren unter anderem der Name auf Kreisebene geändert. Aus der UWG/BfB wurden die „Freien Wähler“, um den Nachteil gegenüber den prägnanten Kürzeln etablierter Parteien auszugleichen. Die deutlichen besseren Ergebnisse auf kommunaler Ebene sollen sich auch bei der Wahl auf Kreisebene niederschlagen. In Wermelskirchen wird sich die WNK UWG bei der Wahl 2014 mit dem Namenszusatz „Freie Wähler“ präsentieren – zunächst allerdings nur als Anhang, um das WNK UWG nicht ganz aufzugeben.



Werner Conrad, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Kreistag.

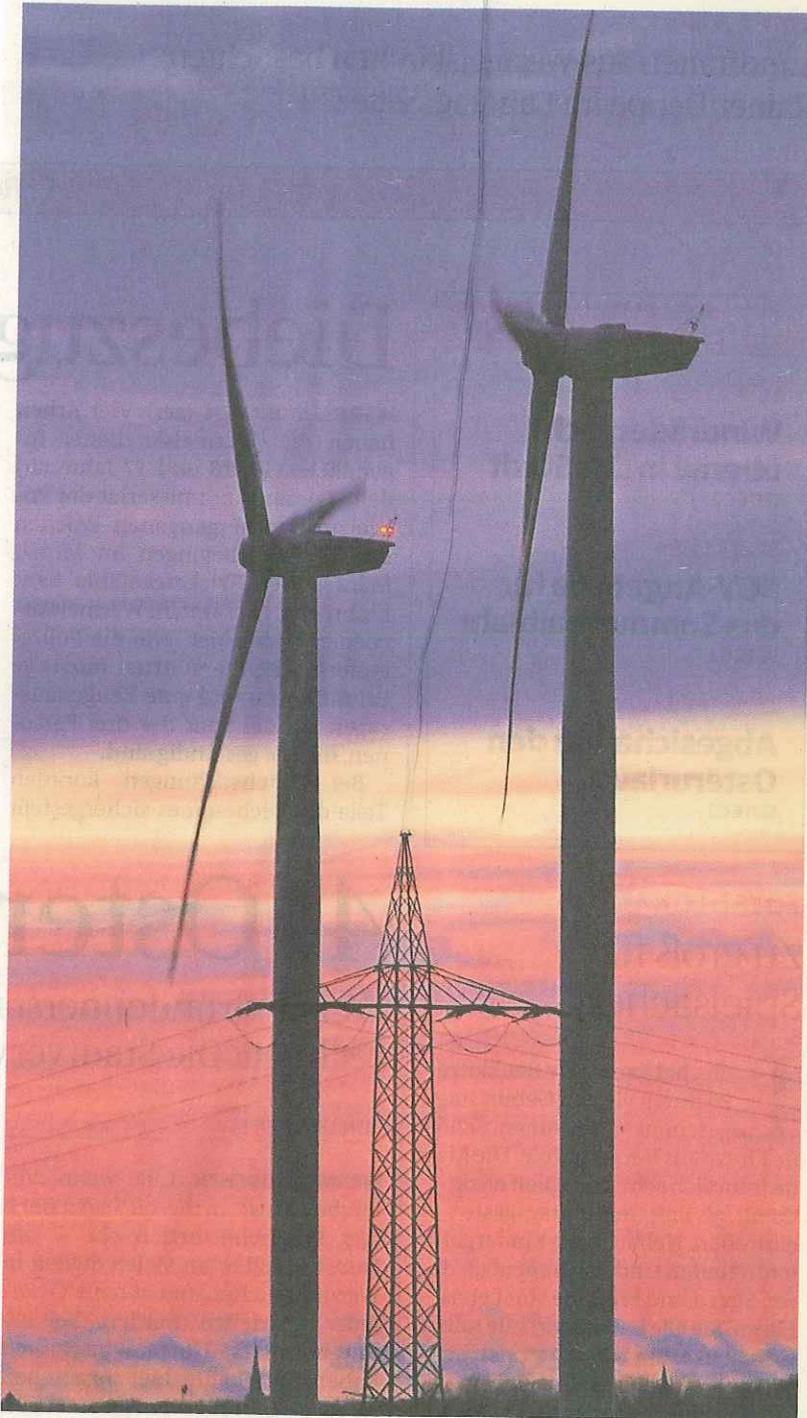


Vereinsvorsitzender Joachim Orth.

Fotos (3): Hans Dieter Schmitz



Henning Rehse, Fraktionschef der WNK UWG in Wermelskirchen..



Stromautobahnen oder regionale Windkraftanlagen? Die Freien Wähler Rhein-Berg wollen die Energiewende.

BM-ARCHIVFOTO: LOTHAR BERNS

# Windräder nicht übers Stadtgebiet verteilen

Die Freien Wähler im Kreis wollen die Energiewende - die Ausweisung von Vorrangflächen über Stadtgrenzen hinaus wird unterstützt. Denn: Eine „Verspargelung“ der Landschaft wird strikt abgelehnt.

VON UDO TEIFEL

**WERMELSKIRCHEN** Die Freien Wähler Rehin-Berg wollen die Energiewende im Rheinisch-Bergischen Kreis – aber nicht um jeden Preis. Das betonten der Fraktionsvorsitzende Werner Conrad (Kürten) und der Kreisvorsitzende Joachim Orth (Leichlingen) während eines Pressegesprächs gemeinsam mit den WNKUWG-Stadtvorordneten Henning Rehse und Norbert Kellner in Wermelskirchen. „Wir wollen keine Verspargelung der Landschaft, aber auch nicht eine Energiewende über die Großkonzerne. Städte, Bürger und die heimische Wirtschaft sollen sich an Betreibergesellschaften beteiligen“, so Conrad.

Die Freien Wähler sehen sich etabliert – „wir werden deutlicher wahrgenommen. Die Akzeptanz als eigenständige politische Kraft wächst. Man spricht mit uns“, so der Fraktionsvorsitzende. Jüngster Erfolg: Der Kreistag stimmte ihrem Antrag zum Rundfunkbeitrag zu. Beschlossen wurde, dass der Kreis nur unter Vorbehalt zahlt, außerdem wurde eine Resolution an den Landtag verabschiedet.

Die Kreisfraktion sieht für den Klimawandel Potenzial bei Wind- und Wasserkraft. „Warum weisen wir nicht gemeinsam mit Solingen Vor-

rangflächen im Bereich Sengbach/Sellscheid für fünf bis sechs Anlagen aus?“, so Rehse. Damit könnte man Privat-Investoren („Einzelaktivisten“) stoppen. „Da es in Wermelskirchen keine Vorrangflächen gibt, könnten eigentlich überall außerhalb der Schutzzonen Windkraftanlagen gebaut werden“, gibt der Wermelskirchener zu bedenken. Ziel der Freien Wähler ist es, die Bürger bei der Standortwahl zu beteiligen.

Ein ausgeglichener Haushalt hat für die Kreisfraktion Priorität. „Bei aller Freude bei den Kommunen über die reduzierte Kreisumlage von jährlich rund sechs Millionen Euro bis 2016 – wir werden ein Auge darauf haben, dass der Kreis nicht in Schiefelage gerät“, so Conrad.

Wichtiges Thema ist die interkommunale Zusammenarbeit – Rechnungsprüfungs-, Jugend- wie auch Bauaufsichtsämter sollten beim Kreis angesiedelt werden: Dan gebe es eine Infrastruktur für alle Kommunen – „und es gibt weniger Kungelei“, so Orth.

Nach wie vor klar positioniert haben sich die Freien Wähler zur Polizeipräsenz im Nordkreis. Für sie ist die Verlagerung der Polizeiwache aus der Wermelskirchener Innenstadt raus Richtung oder nach Burscheid kein Problem. „Wichtig ist, dass sie für den Nordkreis erhalten

bleibt“, so die Politiker. Hier ginge es um Effektivität. Das alte Gebäude könnte dann für Kreiseinrichtungen wie das Straßenverkehrsamt genutzt werden – ganz bürgernah am Rathaus gelegen.

„Für uns ist wichtig, dass sich die Politiker und Bürgermeister der drei Städte Wermelskirchen, Leichlingen und Burscheid mit der Polizei an einen Tisch setzen und sich über mögliche Standorte unterhalten – und wo man für ein neues Gebäude überhaupt Baurecht bekommt“, so Rehse. Dann zeige sich auch, wie schnell und gut Verwaltungen arbeiteten. „Wenn da nämlich in irgendeiner Verwaltung einer keinen Bock hat, ist der Standort verloren. Dann weiß man, woran das liegt.“

## ZAHLENSPIEL

### Unterschiedliche Auffassungen

**Finanzen** Nach Darstellung der Freien Wähler fließen 42 Prozent der lokalen Haushaltsvolumen an den Kreis.

**Gegenrechnung** Wermelskirchen überweist dem Kreis insgesamt 17,8 Mio. Euro. Bei den Erträgen gehen 26,9 Prozent an den Kreis, bei den Aufwendungen 23,5 Prozent.

# Telegrafenstrasse - absolutes Halteverbot

Die Stadtverwaltung setzt die Forderung der Unfallkommission für den gegenläufigen Radverkehr um. „Schonfrist“ für Parker bis Dienstag. Die WNKUWG protestiert und ruft die Kommunalaufsicht an: Der Vorgang sei rechtswidrig.

BH 28.03.13



VON UDO TEIFEL

**WERMELSKIRCHEN** Seit gestern gilt auf der linken Seite der Telegrafenstrasse ein absolutes Halteverbot. Mitarbeiter der Stadtverwaltung stellten die Hinweisschilder auf. Bis Dienstag gibt es für die Parker eine Schonfrist: Die Ordnungskräfte verteilen erst mal nur Zettel, um auf die neue Situation aufmerksam zu machen. Danach wird's teuer, denn dann gibt es für das Halten auf der linken Seite Knöllchen. Die WNKUWG reagierte gestern und verurteilt die Umsetzung der Beschlüsse in der Verkehrskommission aufs Schärfste. Die Fraktion wird die Kommunalaufsicht einschalten:

„Was da passiert, ist rechtswidrig“, so Henning Rehse.

Weil der Fachausschuss keine Entscheidung getroffen hatte, wie mit den Beschlüssen der Unfallkommission umzugehen ist, es aber auch für andere Varianten keine Mehrheit gab, hatte die Stadt die Aufsichtsbehörden (Kreis und Bezirksregierung) angerufen. Der Kreis fühlte sich nicht zuständig. In Köln hat man das Schreiben der Stadt erst seit Anfang der Woche auf dem Tisch und will nach Ostern zu einem Ortstermin einladen. Zudem sind alle Mitglieder der Unfallkommission letztlich bei Stadt oder Kreis beschäftigt.

Für den Beigeordneten Dr. André Benedict Prusa stellte sich indes bei dieser „Patt“-Situation die Frage, wer bei Unfällen haftet. „Unser Anwalt hat uns deutlich gemacht, dass die Stadt als Straßenverkehrsbehörde haftbar ist, wenn die Beschlüsse der Unfallkommission nicht umgesetzt werden.“ Der juristische Rat:

**„Die Stadt ist haftbar, wenn die Beschlüsse der Unfallkommission nicht umgesetzt werden.“**

Dr. André Benedict Prusa  
Technischer Beigeordneter

Die Stadt solle die Situation herstellen, die die Kommission fordere.

Doch was ist dringlich? Und was kann bei Frost umgesetzt werden, um der Unfallgefahr entgegenzuwirken? Der komplette Maßnahmenkatalog (siehe Kasten)? Oder nimmt die Stadt die Gefahrenbewertung vor? Oder setzt die Stadt den gegenläufigen Radverkehr aus, bis alle Maßnahmen vollzogen werden können? Bei diesem Abwägungsprozess indes hat die Kreispolizeibehörde laut Prusa der Stadt die Entscheidung abgenommen: „Die Polizei wollte, dass wir sofort handeln und das Halteverbot einrichten. Sie nimmt in Kauf, dass wir die Markierung später aufbringen.“ Der

Einzelhandel soll jetzt informiert werden.

Für Henning Rehse ist diese Entscheidung eine „Missachtung des Ausbaubeschlusses zur

Telegrafenstrasse“: Denn in diesem Beschluss sei die Ladetätigkeit auf der linken Seite garantiert worden. Der Fraktionsvorsitzende weist in einer Presseerklärung daraufhin, dass es „nie einen Beschluss gab, dauerhaft einen gegenläufigen Radverkehr in der Telegrafenstrasse einzurichten“. Deshalb sei diese Vorgehensweise undemokratisch und rechtswidrig.

„Für einen dauerhaft gegenläufigen Radverkehr bedarf es mindestens eines Beschlusses des Fachausschusses“, sagte Rehse. Er fordert die Verwaltung auf, die Situation vor der Einrichtung des gegenläufigen Radverkehrs wieder herzustellen und den Radweg „Balkantrasse“ über Kölner Straße, Markt und Berliner Straße auszuschildern.

Frage des Tages Seite C 2

## KOMMENTAR

### Politik unfähig zum Konsens

Jetzt ist genau das eingetreten, was die Politiker hätten vermeiden können: Auf Druck der Polizei hat die Stadt die Beschlüsse der Unfallkommission umgesetzt. Statt zu einer Entscheidung im Fachausschuss – oder eben auch bei einer Diskussion im Stadtrat zu kommen – steht man nun vor dem Scherbenhaufen der unfähigen Wermelskirchener Politik, einen vernünftigen Konsens zu finden.

Denn: Die jetzige Situation hilft eigentlich niemandem. Die Gegner des gegenläufigen Radverkehrs wehren sich immer heftiger; und alles steuert auf einen großen politischen Knall hin. Dieser kann dann sicher reinigend wirken – denn er wird Fronten klären. Für das Miteinander ist es nicht hilfreich. Und ob es dem Tourismus dienlich ist, darf bezweifelt werden. (tei.-)

#### TELEGRAFENSTRASSE

##### Die vier Beschlüsse der Unfallkommission

Die vier Beschlüsse:

- ein linksseitiges **Halteverbot** auf der Telegrafenstrasse;
- Markierung eines **Schutzstreifens** für die Radfahrer;
- Absenken der **Bordsteinkante** von sechs auf vier Zentimeter im Einfahrtsbereich der Straße;
- Schaffung einer **Ausweichfläche** für Radler im Bereich des Eiscafés Venezia von 80 Zentimeter;
- optional: Einrichtung einer **Ladezone**.

Seit gestern Nachmittag stehen die Schilder: Auf der Telegrafenstrasse gilt linksseitig ab sofort ein absolutes Halteverbot.

BM-FOTO: JÜRGEN MOLL

# Rehse: Kein Beschluss für die Radverkehr-Dauerlösung <sup>BM 30.03</sup>

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Die WNKUWG-Fraktion bezweifelt in einer Stellungnahme die Legitimation der Stadtverwaltung, den gegenläufigen Radverkehr aufrechtzuerhalten. In einer Anfrage an den Bürgermeister fragt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse offiziell an, auf Basis welcher Beschlüsse der gegenläufige Radverkehr auf der Telegrafienstraße seit Juni 2012, als die Versuchsphase abgelaufen war, in eine Dauerlösung überführt wurde. „Wer hat den Bürgermeister beauftragt, den Versuch fortzuführen?“, fragt Rehse.

Seiner Ansicht nach beinhaltet der Grundsatzbeschluss für das Verkehrskonzept vom 31. März 2003 die Öffnung der Einbahnstraße im Innenstadtdreieck als „Soll-, nicht als Mussvorschrift“. Der Ausbaubeschluss für die Telegrafienstraße von 2006 schließt „ausdrücklich und begründet den gegenläufigen Radverkehr aus“: „Dieser Beschluss wurde niemals beanstandet“, schreibt Rehse. Ein Antrag der Grünen auf Öffnung der Straße für den gegenläufigen Radverkehr sei 2009 von der Verwaltung, „untermauert

von Expertenwissen“ (Verkehrsbesprechung) abgelehnt worden. Warum habe der Bürgermeister angesichts der „Beschluss- und Sicherheitslage den gegenläufigen Radverkehr nicht auf?“

Rehse vertritt auch den Standpunkt, dass Friedel Burghoff bei seiner Gegenrede im Stadtrat – die SPD wollte den Beschluss der Unfallkommission zum Radverkehr und deren Folgen für die Stadt diskutieren – den Rat nicht vorgeführt habe. „Er hat nur ein Schriftstück ins Gedächtnis gerufen.“ Ohne Inhalte zu zitieren, hatte Burghoff dieses dazu benutzt, die Mehrheit zu überzeugen, dass das Thema nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Demokratische Mehrheitsentscheidungen würden von den Befürwortern des Radverkehrs nicht akzeptiert und umgesetzt; stattdessen versuche das Rathaus, mit einer Nebelkerze nach der anderen den Blick auf die Fakten zu verstellen. Für Rehse ist die Telegrafienstraße nicht für den gegenläufigen Radverkehr geeignet – auch wenn der Gesetzgeber auf dem Papier eine Meinungsänderung vollzogen habe.

## RP ONLINE

### Frage des Tages <sup>BM 30.03</sup>

**Donnerstag haben wir gefragt:**  
Absolutes Halteverbot linksseitig auf der Telegrafienstraße – die richtige Entscheidung?

#### Sie haben abgestimmt\*:

Ja 10 Prozent

Nein 90 Prozent



## Halteverbot an der Telegrafienstraße

Die Straßenverkehrsbehörde der Stadt hat eine erste geforderte Maßnahme der Unfallkommission umgesetzt. Seit Mittwoch ist das Halten und Laden auf der linken (südlichen) Seite der



Telegrafienstraße nicht mehr erlaubt; es gilt ein absolutes Halteverbot.

„Die Kreispolizei weist darauf hin, dass die Maßnahmen der Unfallkommission verbindlich umzusetzen sind, auch wenn diese –

bedingt durch die Witterungsverhältnisse – nur schrittweise durchgeführt werden“, heißt es in einer Mitteilung der Stadt. Die jetzige Planung sehe vor, dass bei geeigneter Witterungslage die Markierungsarbeiten und die anderen baulichen Maßnahmen umgesetzt werden. Dazu zählt unter anderem die Markierung eines Schutzstreifens für Radfahrer und das Absenken der Bordsteinkante. Die WNK UWG verurteilte die Umsetzung des Halteverbots scharf. Henning Rehse: „Es gab nie einen Beschluss, dauerhaft einen gegenläufigen Radverkehr in der Telegrafienstraße einzurichten.“ Die Vorgehensweise sie nicht nur undemokratisch, sondern auch rechtswidrig. Die WNK UWG hat deshalb die Kommunalaufsicht eingeschaltet. *gf*

# Antrag: Gegenläufigen Radverkehr sofort beenden

Büfo, CDU und WNKUWG sind sich einig: Der Radverkehr soll künftig nicht mehr durch die Telegrafienstraße führen.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Das große Hin und Her um den gegenläufigen Radverkehr in der Telegrafienstraße geht in die nächste Runde – und möglicherweise haben die Radfahrer dabei diesmal das Nachsehen. Denn Bürgerforum, CDU und WNKUWG sind sich seit gestern einig: Der gegenläufige Radverkehr in der Telegrafienstraße soll umgehend beendet werden.

Das ist das Ergebnis eines kurzfristig einberufenen Treffens am Donnerstagabend. Nachdem die

Stadtverwaltung am Mittwoch die Forderung der Unfallkommission für den Radverkehr umgesetzt und auf der Telegrafienstraße linksseitig ein absolutes Halteverbot eingerichtet hatte (die BM berichtete exklusiv), kamen Vertreter der Fraktionen zusammen und diskutierten die neue Situation.

Das Ergebnis: Die drei Fraktionen haben für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt am 29. April einen gemeinsamen Antrag formuliert: Der Ausschuss sowie am 13. Mai auch der Stadtrat mögen be-

schließen, „den gegenläufigen Radverkehr in der Telegrafienstraße unverzüglich zu beenden“. Zudem soll ein Gesamtkonzept für die Führung des Radverkehrs durch die Innenstadt, das Alternativrouten zur Telegrafienstraße enthält, erstellt und beschildert werden. Büfo, CDU und WNKUWG besitzen im Fachausschuss und im Rat eine Mehrheit.

Die Fraktionen fordern in ihrem Antrag Bürgermeister Eric Weik ausdrücklich auf, „keine weiteren Fakten in der Örtlichkeit zu schaffen, bis über diesen Antrag entschieden ist“.

Man habe sich intensiv mit Aktenmaterial (Verkehrsentwicklung, Gutachten, Beschlüsse, Protokolle, Stellungnahmen, Vermerke etc.) zu diesem Thema beschäftigt. „Wir kommen zu dem Ergebnis, dass die aktuell in der Örtlichkeit vorzufindende Situation in keinsten Weise mit dem Aktenmaterial und der Beschlusslage in Einklang steht.“ In den vorhandenen Schriftsätzen werde immer wieder auf die Gefahren durch den gegenläufigen Radverkehr hingewiesen. „Von uns wurde auch ein externer Sachverständiger hinzugezogen, wir kommen zu dem

eindeutigen Ergebnis, den gegenläufigen Radverkehr sofort zu beenden.“

Jörgensgasse, Schillerstraße bis zur Einmündung in die Kölner Straße sowie die Kölner Straße seien gute Alternativen für die Führung des Radverkehrs durch die Stadt. Die Steigungen am Schwanen und an der Berliner Straße seien ähnlich. Dies könne also kein Ausschlusskriterium für die Routenführung sein. „Zudem sorgen Routen, die über den neu gestalteten Markt führen, für eine Belebung auch dieses Teils der Innenstadt“, heißt es im Antrag.